

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1534  
Groschke Riesa Nr. 52.

Nr. 202.

Freitag, 29. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reststiftzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erhält, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe eingegossen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Argos“ an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

## Der abgewirtschaftete Reichstag.

Der am 4. Mai gewählte Reichstag hat seine Arbeitsfähigkeit nicht kräftig beweisen können als bei der Verabschiedung der Londoner Gesetze. Der oft von Zwischenfällen unterbrochene Gang der Debatte brachte absolut keine Klarheit über die Schicksalsfrage des deutschen Volkes, sondern nur wie vorbestehen die außerordentlich scharfen Gegensätze hinsichtlich der Einschätzung der außenpolitischen Möglichkeiten und der dringendsten Probleme der künftigen deutschen Politik. Die radikale Opposition brachte zahlreiche innenpolitische Gesichtspunkte in die Debatte und trug damit zur Verschärfung sehr wesentlich bei. Auf der anderen Seite aber ist von Seiten der anderen Parteien nicht alles geschehen, was hätte geschehen müssen, um den Fortgang einer rein sachlichen Erörterung über die außenpolitischen Entscheidungen zu gewährleisten. Der beschämende Zwischenfall, der zu einer rechten Präzedenz im deutschen Reichstag geführt hat, ist zwar beilegt durch die Entfernung von drei kommunistischen Redaktoren. Trotzdem sind die Meinungen über Schuld und Ursache dieses Zwischenfalls nach wie vor geteilt. Von verschiedenen Seiten wird gegen den demokratischen Abgeordneten Brodau der Vorwurf erhoben, er habe die radikale Opposition offensichtlich provoziert. Indem er der Verwerfung des nationalsozialistischen Antrages an den Verhauauschuss des Reichstages widersprach und damit die Behandlung der Anträge über die Freilassung der politischen Gefangenen überhaupt verhindert, habe er bewußt den Zwischenfall hervorgerufen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich während hinter den Abgeordneten Brodau gestellt und in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ausbringenden staatspolitischen Gründen gegen eine politische Amnestie sei. Trotzdem halten die Reichsparteien ihre Vorgriffe gegen den demokratischen Abgeordneten aufrecht, indem sie darauf hinweisen, daß es jedem politischen Anstandesgefühl widerspreche, wenn man die Behandlung eines Antrages im Ausschuss verbinde. Man sieht also, daß die parlamentarischen Verhältnisse von den verschiedenen Parteien absolut nicht einseitig beurteilt werden, und daß jeder einzelne politische Streitfall unter dem Gesichtspunkt der Parteipolitik Einstellung behandelt wird.

Während auf der einen Seite die radikale Opposition viel zu hart ist, als daß man sie völlig mundtot machen könne, fehlt es bei den übrigen Parteien an der notwendigen Geschlossenheit, um den Willen zur sachlichen parlamentarischen Arbeit geltend zu machen. Daß bei dem Zwischenfall, der am Mittwoch zu einer regelrechten Schlägerei im Reichstag geführt hat, eine objektive Schuld aller beteiligten Parteien festgestellt werden muß, ist ganz unbestreitbar. Entweder mußten alle Regierungsparteien dem nationalsozialistischen Antrag widersprechen und damit gemeinsam ihren Willen kundtun, oder aber der demokratische Abgeordnete Brodau mußte auf den verletzten Widerspruch, der gerade dadurch, daß er im übrigen Hause absolut keine Unterstützung fand und tatsächlich dadurch aufreißend wirken mußte, verzichten. Die Weigerung der Parteien konnte denn auch den ungünstigen Eindruck der Weigerung nur dadurch wieder gutzumachen suchen, daß die drei aggressivsten kommunistischen Angreifer von der Sitzung ausgeschlossen wurden.

Die Behandlung des außenpolitischen Beratungskoffes fand ebenfalls auf einem recht niedrigen Niveau. Der Reichstag hatte lediglich darüber zu entscheiden, ob die Londoner Abmachungen angenommen oder abgelehnt werden. Die geschicktesten Kompromißversuche gaben ein äußerlich hilfloses und unwürdiges Bild, zumal sich jeder vernünftige Politiker sagen mußte, daß die Londoner Abmachungen für das deutsche Volk nicht durch platonische Resolutionen schmachtbarer gemacht werden können. Wenn man davon überzeugt ist, daß die Verantwortung für die Londoner Vereinbarungen nicht abgelehnt werden kann, so gibt es nur ein Ja, während auf der anderen Seite eben nur die einzige Möglichkeit bestünde, abzulehnen. In der parlamentarischen Verlegenheit hat man jedoch ganz übersehen, daß das deutsche Volk den letzten Rest von Vertrauen in einem Parlament verlieren muß, das sich in keiner Weise seinen Aufgaben gewachsen gezeigt hat. Man wird um baldige Neuwahlen nicht herum kommen können, damit die klare Entscheidung darüber fällt, welcher Kurs in Deutschland innen- und außenpolitisch künftig maßgebend sein soll.

## Deutscher Reichstag.

(Schlußbericht der Donnerstag-Sitzung.)

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) greift den Reichspräsidenten an, der ausnahmsweise seit zwei Jahren keine Munitionsarbeiterstreiks mehr organisiert habe. (Unruhe bei den Soz. — Vizepräsident Dr. Bell rügt den Ausbruch. — Großer Lärm bei den Nat.-Soz.) Der Redner verliest zum Schluß eine Erklärung, wonach seine Partei die Verpflichtungen des Dawes-Gutachtens nicht anerkenne. Die ausländischen Kommissare seien feindliche Eindringlinge, für deren Sicherheit keine Gewähr übernommen wird.

Abg. Schiffer (Dem.) verurteilt die Kritik des Vordrängers. Das Londoner Abkommen verträge bei seiner weitgehenden Bedeutung eine parteipolitische Kritik nicht. Wer das Gutachten annehme, sei nach Amerikas Auffassung ein Freund der Ordnung und des Friedens. Ohne Amerika war der Krieg nicht zu gewinnen, ohne Amerika werde auch der Friede nicht zu Stande gebracht werden. Die Rentenmark sei der erste Akt der Stabilisierung gewesen, die Annahme des Abkommens stelle den zweiten Akt dar.

Abg. Dr. Pfleger (D.D.P.) stimmt den Gutachten-Gesetzen mit Rücksicht auf die Lage in den besetzten Gebieten,

insbesondere auch der Wafa, zu. Die Zustimmung zum Reichsbahn-Gesetz erfolge trotz lebhafter Bedenken.

Abg. Albers (Brisch. Wg.) erklärt, wir ständen unter einem Zwange und müßten daher das Londoner Abkommen annehmen.

Abg. Kunze (Dt.-Soz.) lehnt das Abkommen ab, weil es für die internationale finanzielle Situation nur das Mittel bedeute, das deutsche Volk in ewige Zinsknechtschaft zu führen.

Um 6 1/2 Uhr wird nach achtstündiger Beratung die allgemeine Aussprache geschlossen.

Vizepräsident Dr. Meißner gibt bekannt, daß der Wunsch geäußert ist, in die Einzelberatung jetzt nicht mehr einzutreten, da sich noch größere Debatten entwickeln könnten.

Abg. Müller-Franke (Soz.) widerspricht und verlangt sofortige Vornahme der Einzelberatung. (Lärm links: Die anderen wollen jetzt zum Ruhhandel gewinnen.)

Das Haus beschließt mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, in die Einzelberatung nicht mehr einzutreten. (Unruhe links.)

In persönlicher Bemerkung stellt Abg. Dr. Cuno (Dnat.) fest, daß er mit anderen Fachleuten Vorschläge zur Lösung der Deutschen Reichsbahn vorgelegt habe. Auf einen höhnischen Jurist der Kommunisten gegen Cuno erwidert er: Nichten Sie Ihre Angriffe gegen mich, aber lassen Sie diesen großen Mann im Grabe ruhen! (Beifall.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) hält dem Abg. Graf Reventlow vor, daß er eine militärische Kooperation mit der Noten ruffähigen Armees beschränkt habe, also für ein gemeinsames kriegerisches Vorgehen Deutschlands und Rußlands sei. Als Abg. Graf Reventlow widerspricht, entgegnet ihm Abg. Koch: Dann ist Ihre Rede keine Politik, sondern ein Feuilleton. (Geisterst.)

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Gesetz auf Verlängerung der Freiheitsarten der Abgeordneten, Einzelberatung der dritten Lesung der Gutachten-Gesetze, Abstimmung über die Gesetze und über das Misstrauensvotum der Nationalsozialisten, Beschlüsse des Ausschusses für die besetzten Gebiete, Amnestieanträge. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Besprechungen mit der Reichsregierung.

Berlin. Die Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien, der Reichsregierung und den Deutschnationalen dehnten sich gestern bis in die späten Nachtstunden aus. Es handelte sich hauptsächlich um die Möglichkeit einer Einigung über das Eisenbahngesetz. Die Besprechungen wurden in strengster Vertraulichkeit geführt.

## Die kommunistische Fraktion des Reichstages

gibt zu den Vorgängen im Reichstag eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Um der Deutschnationalen Fraktion ihre Zustimmung zum Londoner Pakt nicht zu erleichtern, war die kommunistische Fraktion bereit, ihren in Frage kommenden Mitgliedern zu empfehlen, auf einen Tag die Sitzung zu verlassen, damit sie an der Endabstimmung über den Londoner Pakt wieder teilnehmen könnten. Der Präsident ließ aber weder im Vertikalen noch im Plenum eine derartige Erklärung zu. Wir haben die feste Überzeugung, daß der deutschnationalen Präsident den Ausschluß der Kommunisten nur deshalb herbeiführte, um seiner Fraktion den Umfall zu erleichtern und die Annahme der Londoner Gesetze herbeizuführen.

## Misstrauen gegen den Reichstagspräsidenten.

Berlin. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die nationalsozialistische Reichstagsfraktion an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf das Verhalten des Präsidenten gelegentlich der Vorfälle im Reichstage, die zur Verurteilung des Abg. Brodau geführt haben, und unter Hinweis auf die vom Präsidenten im Zusammenhang hiermit vorgenommene Vorgehensweise des Fraktionsvorsitzenden Abg. Grafen dem Präsidenten ihr schärfstes Misstrauen ausdrückt.

## Instruktionen an den deutschen Botschafter in London.

Berlin. Wie wir aus außenpolitischen Kreisen erfahren, ist zwischen der deutschen Botschaft in London und dem Berliner Auswärtigen Amt gegenwärtig ein sehr ausgedehnter Verkehr im Gange. Der Botschafter hat von der Reichsregierung alle erforderlichen Instruktionen zur Unterzeichnung der Londoner Abkommen erhalten. Minister Dr. Stresemann wird, wie nunmehr feststeht, die Reise nach London nicht antreten, da die Verzögerung der Reichstagsentscheidungen seine Absichten durchkreuzt hat.

## Vor den Anleiheverhandlungen.

Berlin. Die Anleihekonferenz, die nach der Unterzeichnung des Londoner Protokolls in London zusammenzutreten soll, wird, wie wir hören, voraussichtlich eine kurze Verzögerung erfahren, wenn die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für das Eisenbahngesetz im deutschen Reichstag nicht zustande kommt. Bei einer glatten Durchführung der Ausführgesetze durch Deutschland würde diese Konferenz in der zweiten September-Woche beginnen. Ob sie zu einem direkten Ergebnis gelangen wird, oder ob sie nach einer provisorischen Entscheidung der Vertagung verläßt, hängt in der Hauptsache von den Entscheidungen des deutschen Reichstages und von der englischen Regierung ab. In den Kreisen des Auswärtigen Amtes erklärt man jedoch mit großer Bestimmtheit, daß die englische Regierung in der Anleihefrage von sich aus keine Schwierigkeiten machen darf, und daß nur das Nichtzustandekommen der Zwei-

dreitel-Mehrheit die englische Regierung zu einer Verzögerung in der Anleihefrage ermutigen könnte.

## Wann wird Dortmund geräumt?

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, auf Grund einer tendenziösen Kopasermessung die französische Regierung daran zu erinnern, daß die Räumung der Dortmunder Zone auf der Londoner Konferenz für sofort in Aussicht gestellt worden ist, und zwar soll die Räumung unmittelbar nach der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen erfolgen. Die deutsche Regierung erwartet jedenfalls, daß die Räumung der Dortmunder Zone Anfang September unweigerlich durchgeführt wird.

## Frankreich über die parlamentarische Lage in Deutschland.

In Besprechung der parlamentarischen Lage in Deutschland schreibt Grumbach im „Quotidien“, daß die französische Regierung auch bei Ablehnung der Gutachten-Gesetze durch den Reichstag keineswegs die von der deutschen Regierung im Einklang mit den Bestimmungen der Weimarer Verfassung angeordneten vorläufigen Unterschriften zurückweisen werde. Die Unterschriften, die Marx und Stresemann unter die Londoner Abmachungen setzen werden, würden nur an Gewicht gewinnen können, wenn man gleichzeitig die Auflösung des Reichstages anstrebe. In gutunterrichteten Pariser Kreisen wird angenommen, daß diese Ausführungen des „Quotidien“ die Ansicht Gerriots wiedergeben.

## In den neuen Ricumerhandlungen

wird aller Voraussicht nach das letzte Ricumabkommen vom Juli bis zu dem Tage verlängert werden, an dem die Dawes-Gesetze in Kraft treten. Dieser neue Ricumvertrag wird unbefristet sein; doch ist es möglich, daß beide Parteien das Abkommen mit fünfjähriger Frist jederzeit kündigen können. Dem Gerücht, daß die deutsche Regierung dem Ruhrbergbau und der Ruhrindustrie angesichts der neuen Ricumerhandlungen Reichskredit zur Verfügung stellen werde, wird widersprochen.

## Ultimative

### Forderungen der Sozialdemokratie.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, der Reichsregierung gewisse ultimative gehaltenen Forderungen gestellt, von denen Erfüllung sie die weitere Unterstützung der Regierung Marx-Stresemann abhängig machen will. Die Sozialdemokratie fordert nicht nur die unverzügliche Ratifizierung des Washingtoner Rüstungsbudget-Abkommens, sondern sie verlangt auch, daß die Schuldsollvorlage zurückgezogen werden soll. Des weiteren haben die Sozialdemokraten beschlossen, im Falle des Zustandekommens einer Regierung des Bürgerblocks in die stärkste Opposition einzutreten. Falls die Regierung den Wünschen der Sozialdemokraten hinsichtlich der Zurückziehung der Schuldsollvorlage nicht nachkommen sollte, so wollen die Sozialdemokraten einen eventuellen Wahlkampf auf in der Frage der Schuldsollvorlage gegen die Regierung führen.

## Kriegszustand im russischen Wlgerntgebiet.

\* Rotterdam. Die „Morning Post“ meldet aus Moskau: Die Sowjetregierung hat im ganzen Gebiet des Wlgernt im Wolgagebiet den Kriegszustand proklamiert. Eine besondere Abteilung der Tscheka wurde gebildet, um die Propaganda gegen die Sowjetregierung zu unterdrücken. Besondere Truppenformationen wurden gebildet, um die Flucht der hungernden Bevölkerung durch Waffengewalt zu verhindern.

Die „Morning Post“ fügt hinzu: „Keine Regierung der Welt außer Amerika hat den Mut, mit einer Regierung zu brechen, die allen ihren bisherigen Verbrechen das letzte zufügt, 10 Millionen hungernder Menschen einfach der Tscheka und dem Niederknallen durch rote Regimenter auszuliefern, nur deshalb, um die Hungernden nicht in Gebiete gelangen zu lassen, wo die Bevölkerung aus Entsetzen über die Hungerkatastrophe zum Untertum gegen die Sowjetberren übergeben könnte. Wo bleibt hier der Aufschrei der Kulturinternationalen?“

## Herbstmanöver

### der Reichswehr und der Marine.

Zum ersten Male seit 11 Jahren wird die Reichsmarine den größten Teil ihrer Flotte zu einem großen Flottenmanöver in der Ostsee zusammenziehen. Daran sind beteiligt die drei Linienschiffe „Braunschweig“, „Elisabeth“ und „Seydlitz“, vier kleine Kreuzer und zwei Torpedoboot-Korvetten. Am 3. September werden sie vor Sahnitz auf Rügen manövrieren und am 7. September im Hafen von Swinemünde zu einer großen Flottenparade zusammengezogen. — Auch die Reichsbeeresverwaltung hat für die Zeit vom 1.-13. September große Manöver angelegt, die in der Gegend von Strausberg i. Mark bis hinauf nach Königsberg i. Preußen stattfinden werden. Der Ausmarsch der Truppen erfolgt am 1. September, das Hauptaufmarschtreffen der blauen und roten Armees dürfte bei Strausberg sein, wo am 10. September eine große Truppenparade vor der Meeresleitung abgehalten wird. An diesem Manöver nehmen besonders die gesamten Truppen der um Berlin liegenden Potsdamer, Mühlener, Spandauer, Bredowener, Rätziner und Groß-Wietzenfelder Garnisonen teil.